

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferanz infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 62 A

BERLIN • Sonntag den 13 März 1932

1 JAHRGANG

Verständigung.

Gedanken zu dem Briefwechsel zwischen Löbe und der „Roten Fahne“.

Von Gustav Heckmann.

Der Briefwechsel, den Löbe mit der „Roten Fahne“ über die Parteikluft hinüber gewechselt hat, hat diese Kluft, auch zwischen den Arbeitern dieser Parteien, noch tiefer aufgerissen. Die Arbeit für die Einheitsfront, insbesondere in der Frage der Präsidentenwahl, ist von neuem erschwert worden.

Wir müssen aber, wenn ein unentschiedener erster Wahlgang der Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten noch einmal eine Chance bietet, jene Arbeit gleich am Montag wiederaufnehmen. Für diese Arbeit können wir etwas lernen aus dem traurigen Briefwechsel. Denn er beleuchtet sehr grell die Gegensätze, die beide Lager, auch die Arbeiter beider Lager, trennen. Diese Gegensätze klar zu sehen, kann die Verständigung der Arbeiter nur fördern. Unter diesem Gesichtspunkt seien hier einige Gedanken mitgeteilt.

Welche Stellungen nehmen die beiden Partner ein?

Löbe geht von der Voraussetzung aus: die SP habe sich in der Zwangslage befunden, HINDENBURG unterstützen zu müssen, um HITLER schlagen zu können. Die Möglichkeit, HITLER mit einem gemeinsamen Arbeiterkandidaten zu schlagen wird von Löbe mit keinem Wort erwähnt. Weshalb nicht? Ich glaube nicht, daß Löbes Brief ein reines Agitationsmanöver darstellt, in dem er die Möglichkeit einer Klassenfront wider besseres Wissen verschwiegen hätte. Man hat vielmehr den Eindruck: Löbe will die Kommunisten überzeugen. Dann kann man das Schweigen über die Frage des gemeinsamen Kandidaten nur so verstehen, daß Löbe eine solche Klassenaktion als etwas politisch Unsinniges gar nicht in Erwägung zieht. Was hier zu Grunde liegt, ist wohl der Glaube an die Demokratie, aus dem heraus der Klassenkampf, der über die Schranken demokratischer Erfolge hinaus vorstoßen will, abgelehnt wird.

Auf der anderen Seite die KP. Sie antwortet im wesentlichen mit zwei Argumenten.

1. Die reformistische Politik der SP ist hauptsächlich verantwortlich dafür, daß der Faschismus zu der Gefahr anwachsen konnte, die er heute darstellt. („Reformistisch“ nenne ich hier eine Politik, in der eine Arbeiterpartei im Aufbieten einer der kapitalistischen Klasse entgegengesetzten Macht nicht bis an die Grenze des Möglichen geht.)

2. Die Präsidentenwahl selber spielt für die Entscheidung des proletarischen Klassenkampfes von dem der Kampf gegen den Faschismus nur ein Teil ist, keine Rolle. Diese Entscheidung wird im außerparlamentarischen, revolutionären Kampf fallen. THÄLMANN sprach im Sportpalast so, als betrachte er den Entscheidungskampf als nahe bevorstehend.

Der Gegensatz, der die beiden Partner trennt, wird deutlich an dem zweiten Argument: auf der einen Seite die KPD, leidenschaftlich hindrängend auf das letzte Gefecht — von dem die Wahl eines Präsidenten nur ablenken würde; auf der anderen Seite Löbe, der diese Zuspitzung des Klassenkampfes so wenig will, daß er auf den Gedanken, auch nur für die Präsidentenwahl eine einheitliche Klassenfront zu bilden, deswegen anscheinend nicht einmal kommt.

Wir schrieben vorgestern im „Funke“: man habe den Eindruck, die beiden Partner sprächen verschiedene Sprachen, die nicht ein Wort gemeinsam haben.

Man kann mehr sagen: jeder hütet sich vor der Berührung mit der Sprache des anderen. Löbe hütet sich, anscheinend schon instinktiv, vor gemeinsamen Aktionen der Arbeiterschaft, die den Klassenkampf energisch weitertreiben würden, also die revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft stärken würden. Er möchte keine allzu enge Berührung mit dem revolutionären Teil der Arbeiterschaft. Die KP andererseits meldet die Reformisten wie Pestkranke, die man nicht berührt, vor allem bewahrt sie ihre Massen vor der Ansteckungsgefahr, der sie ausgesetzt wären, wenn sie Schulter an Schulter mit reformistischen Organisationen politische Aktionen

Infame Behandlung von Arbeitslosen.

M. In England wird seit einiger Zeit alles getan, die Arbeitslosenunterstützung zu beschneiden. Im allgemeinen ist die Höhe der Unterstützungssätze um 10 Prozent gesenkt worden; in Tausenden von Fällen wurde die Unterstützung überhaupt verweigert auf Grund einer „Wohlstandsprüfung“, der die Arbeitslosen sich unterziehen müssen.

Die Zeitung der englischen Konsumvereinsbewegung berichtet von einem Fall von Unterstützungsverweigerung, der alles vorher Dagewesene an Gerissenheit überbietet.

In einem Kino in Kennington, einem Vorort von London, erscheint auf der Leinwand während der Aufführung der folgende Text:

„Wir bitten, sechs Arbeitslose sofort an den Eingang zu kommen, wo sie Nachricht über Beschäftigung erhalten werden.“

Sofort stürmen viele Arbeitslose an die Tür. Dort wartet ein Mann, der mitteilt, er brauche Arbeiter für eine besondere Arbeit; er bitte um ihren Namen und ihre Adresse. Er werde ihnen Nachricht schicken, wer die Arbeit bekommen solle.

Die Arbeitslosen warteten nun alle auf die versprochene Nachricht. Sie hörten aber von der Angelegenheit nichts wieder, bis sie das nächste Mal aufs Arbeitsamt kamen. Da wurde ihnen erklärt, sie würden sechs Wochen lang keine Unterstützung erhalten, weil sie ihr Unterstützungsgeld im Kino verschwendeten, statt ökonomisch damit umzugehen.

Ein Recht zu solchem Vorgehen hat das Arbeitsamt nicht. Ob es die Macht hat, sich damit durchzusetzen, das ist eine

andere Frage, deren Beantwortung in der Hauptsache davon abhängt, ob die Arbeiterschaft bereit ist, in wirksamer Weise zu protestieren.

AUS DEM INHALT:

Siedlungsarbeit. •
Japan und der Völkerbund.
Politischer Mord in Finnland.
Kirchen- und Freidenker-Kulturarbeit.
Ausnahmebestimmungen gegen Frauen.
Zum Krisen-Kongress des ADGB.
Medizin und Geschäft.

Zur Rede Brünings.

W—er. Ich hörte die BRÜNINGsche Rede in der Uebertragung des Rundfunks. Offenbar ist BRÜNING vom vielen Reden müde; denn er versprach sich oft — auch beim langsamem Dozieren.

Aber die Aeüßerlichkeiten sind natürlich nicht die Hauptsache. Was er inhaltlich sagte, war für den Kanzler des Reiches mehr als ärmlich, ja es reichte nicht einmal an die gewiß nicht bedeutende Leistung seines verehrten HINDENBURG heran.

Was vor allem unerträglich ist, das ist die wiederholte Behauptung, ohne gerade die vom BRÜNING-Kabinett herausgebrachten Verordnungen wäre das deutsche Volk verloren gewesen. Kein Wort über den mancherlei Unsinn der Notverordnungen — Unsinn selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus. HINDENBURG fand am Tage vorher dabei sehr wohl Worte der Besinnlichkeit: Es war alles überstürzt, manches ist verbesserungsfähig. — Von der unerhörten Belastung gerade der Arbeiter, von der Nichtbeachtung der sehr beachtenswerten Vorschläge dieser Teile der „Volksgemeinschaft“ kein Wort.

Der ganze Zorn ergoß sich auf die Rechte. Warum wohl? Sicher, weil sie ihm die viele Mühe des neuen Wahlkampfes aufgebürdet hat und selbstverständlich auch seine Stellung durch die pöbelhafte Behandlung seitens der Ritter

vom Hakenkreuz nicht angenehmer geworden ist. Dann wohl aber doch auch, weil er immer wieder — sicher sehr wider Willen — an die Seite der SPD gedrängt wird. Ueber die opferbereite Selbentmannung der SPD fand er keine Worte. Allerdings ist es auch schwer, sie zu finden.

Eine im ganzen langweilige Rede — von einem indolenten Publikum öfter durch Beifall unterbrochen. Erst wenn man solche Rede hört und das Publikum dazu, geht einem ein Licht auf, warum BRÜNING wohl wirklich ernsthaft so entzückt ist von HINDENBURG, daß er folgendes über ihn zu reden fertig brachte, und warum selbst das „Berliner Tageblatt“ diese Stelle wörtlich und unkritisch abdruckte.

„Ich habe noch keine politische Persönlichkeit irgendwo kennengelernt, die so in der Lage war, wie der Herr Reichspräsident, eine politische Situation in klassischem Deutsch, geschult in der Schule MOLTKEs und SCHLEFFENS, in weniger als fünf Sätzen wiederzugeben.“

Ich habe nicht den Ehrgeiz, in bezug auf die genannten Punkte mit HINDENBURG zu konkurrieren. Aber ich bin in der Lage, die politische Situation Deutschlands in klassischem Deutsch und in weniger als fünf Sätzen „wiederzugeben“. Ja ich kann in mein Urteil über die Situation das über die BRÜNING-Rede einbeziehen und es wird nicht länger als — zwei Buchstaben.

Möge uns der Himmel davor bewahren, es oft formulieren zu müssen.

durchführen würden. Um den revolutionären Willen ihrer Massen nicht abzuschwächen, gewöhnt sie sie nicht an zahme Aktionen, an denen sogar reformistische Organisationen teilnehmen können. Hingegen ist sie bereit, zu solchen gemeinsam mit sozialdemokratischen Arbeitern durchgeführten Aktionen, die unmittelbar für den revolutionären Kampf schulen, Aktionen wie Häuserblockschutz gegen die NS. Daher die Bevorzugung außerparlamentarischer Aktionen.

All dies, was durch den Wortwechsel Löbe-„Rote Fahne“ grell beleuchtet wird, trennt sicher bis zu einem gewissen Grade auch kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter.

Für die praktische Arbeit am Aufbau der Einheitsfront haben wir damit einige Hinweise gewonnen: wir sehen deutlicher, worüber sich ein Kommunist mit einem Sozialdemokraten, ein Sozialdemokrat sich mit einem Kommunisten vielfach verständigen müssen, um z. B. bei der Präsidentenwahl zu einer gemeinsamen Aktion bereit zu sein.

Im allgemeinen wird es dabei einem von der Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens überzeugten revo-

lutionären Arbeiter leichter fallen, einen Sozialdemokraten von dieser Notwendigkeit zu überzeugen als umgekehrt. Denn der Widerstand auf sozialdemokratischer Seite, den wir am Beispiel Löbe feststellten hatten: die Scheu vor einem Zusammengehen der ganzen Klasse, dieser Widerstand sitzt bei sozialdemokratischen Arbeitern glücklicherweise nicht sehr tief. Das liegt daran, daß er, wo er überhaupt vorhanden ist, mehr auf Gewöhnung beruht, als auf einer zur Ueberzeugung der Arbeiter gewordenen Theorie.

Ganz anders steht es mit dem Widerstand, der auf kommunistischer Seite gegen ein Zusammengehen mit SPD und AEGB vorhanden ist. Dieser Widerstand beruht auf einer einfachen, vieles Richtige enthaltenden, mit großer Energie in die Köpfe eingehämmerten Theorie: die Sache des proletarischen Befreiungskampfes wird entschieden durch die Revolution; diese Revolution werden wir nicht mit den „reformistischen“ Organisationen gemeinsam durchführen; Gewöhnung an gemeinsame Aktionen mit den „reformistischen“ Organisationen würde also unsere Stoßkraft für den Entscheidungskampf nur schwächen. Für den, der vom baldigen Kommen dieses Entscheidungskampfes überzeugt ist, be-

steht um so weniger Grund, sich auf gemeinsame Aktionen mit der SP einzulassen.

Ich kann in diesem Aufsatz die Fragen, die ich hier als bedeutungsvoll für die Verständigung zwischen Kommunisten und anderen Arbeitern genannt habe, nicht klären. Es kam mir zunächst darauf an, sie erst einmal — ohne Anspruch auf Vollständigkeit — herauszuschälen. Nur zu der wichtigsten der hier genannten Fragen eine kurze Bemerkung!

Ich meine die berechtigte Sorge wegen der Abstumpfung der revolutionären Energie und die Frage, wie eine revolutionäre Partei sich dagegen schützen kann. Gerade auch zu dieser Frage hat der ISK auf Grund seiner Theorie der Arbeiterbewegung ein neues Wort zu sagen.

Er ist überzeugt, daß die Notwendigkeit, sich in die Front des Klassenkampfes einzureihen, wissenschaftlich nur aus einer Pflicht der Einzelnen begründet werden kann. Diese Begründung liegt in den Werken LEONARD NELSONS vor. Die Überzeugung, von der Pflicht zum Klassenkampf schließt die andere Überzeugung ein, daß die Kräfte, die dieser Kampf erfordert, planmäßig durch Erziehung, entwickelt werden können. Kurz: wir ISK-Genossen messen — im Gegensatz zu den Anhängern des historischen Materialismus — Vernunft und Willen der einzelnen Menschen eine wesentliche Bedeutung für die Gestaltung der Geschichte bei. Aus dieser Überzeugung ergibt sich für uns die Aufgabe, eine zuverlässige Truppe von Klassenkämpfern durch planmäßig auszubildende Methoden zu erziehen. In einer solchen Erziehung sehen wir die Sicherung gegen das Absacken der revolutionären Energie.

Weil es diesen Schutz gibt gegen die Gefahren, die die Zusammenarbeit mit reformistisch geführten Organisationen unzweifelhaft mit sich bringt, deswegen verzichten wir nicht auf solche Zusammenarbeit. Denn wir halten sie aus mehreren Gründen für notwendig.

Unter anderem — das ist nicht der Hauptgrund — schon deswegen, um die äußere Möglichkeit der Verständigung mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu haben. Für eine derartige Verständigung über Fragen z. B., wie ich sie in diesem Artikel genannt habe, liegen keineswegs genügend Möglichkeiten vor im Betrieb, in den Kneipen, in Parteiversammlungen. Schon deswegen nicht, weil bei diesen Gelegenheiten ein wichtiges Mittel der politischen Verständigung fehlt: die gemeinsame politische Arbeit. Allein durch Diskutieren geht es nicht. Mit der wertvollsten Gelegenheit für die Verständigung der Arbeiter untereinander sehen wir deswegen in den proletarischen Einheitsorganisationen, den Gewerkschaften vor allem, und in gemeinsamen Aktionen wie einem Wahlkampf mit einem gemeinsamen Arbeiterkandidaten.

Wählt am 13. Thälmann!

Politischer Mord in Finnland.

r Helsingfors, 11. März.

Die frühere Schatzmeisterin der Lappo-Bewegung, Frau CRAUCHER, wurde am Freitag vormittag mit durchschossener Schläfe tot aufgefunden.

Anscheinend handelt es sich um einen politischen Mord seitens der Lappo-Leute, da Frau CRAUCHER, wie Pressemeldungen besagen, gegen die Bewegung spionierte haben soll.

Termin gegen Stern festgesetzt.

p Moskau, 12. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, soll der Prozeß gegen die Attentäter STERN und WASHLEW wegen des Anschlags auf den deutschen Botschaftsrat VON TWARQOWSKI am 18. April vor dem Militär-Kollegium des Obersten Gerichtshofes beginnen. Der Prozeß wird 7 bis 8 Tage dauern.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelrotter-Verlag, Berlin

(61. Fortsetzung.)

„Es gibt Staatsmänner“, fährt Brandt mit halblauter Stimme fort, „die aus gegebenen Tatsachen Prämissen ziehen, mit unanfechtbarer Logik ihre Beweise türmen, und unter der Schlussprämisse steht dennoch — ein falsches Resultat! Staatsmänner, die im Staatsmann des Nachbarlandes den großen Ubelthäter erblicken und überzeugt sind, sich des andern nur erwehren zu können, indem sie selbst zum Ubelthäter werden! Staatsmänner, die den Nachbarn längs der Grenze Minen legen sehen und sich nicht anders zu helfen wissen, als daß sie nun ihrerseits zur Verteidigung die Grenze mit der doppelten Minenzahl spicken! Das ist das alte Dogma eines Erdteils, der sich christlich gebärdet. Wenn dann nach dem Gesetz akkumulierter Kräfte die Explosion erfolgt und der Völkermord entbrennt, spricht die Welt von ‚Völkerschicksalen‘, die unentrinnbar seien. So liegen heute die Dinge.“

Brandt schweigt eine halbe Minute. Angriffsbereit recken sich ein paar hundert Männer auf ihren Sitzen. Sie halten noch an sich, denn der Endsinn der Rede ist noch nicht klar abzusehen.

„Müßig, in diesem Hause von Forderungen der Ethik und Moral zu sprechen oder von christlicher Gesinnung. Europas Staatskunst forderte bisher Ethik und Moral immer nur von den Untertanen, die selbst glaubte ohne die praktische Betätigung dieser Begriffe auszukommen.“

„Unverschämtheit!“ brüllt es von rechts herüber. Die Glocke des Präsidenten verwarnt die Zwischenrufer.

Plötzlich schlägt die Gelassenheit des Redners in Schärfe und Zorn um. „Diese Stunde fordert zur Anklage heraus! Ich klage alle Regierungen der Welt an, zu wenig oder nichts

Japan und der Völkerbund.

Der allgemeine Ausschuß der Völkerbundsversammlung und die Vollversammlung selber nahmen am Freitag nachmittag einstimmig, bei Stimmenthaltung des chinesischen und des japanischen Vertreters, die Entschließung des Präsidiums an, wonach die weitere Bearbeitung des chinesisch-japanischen Konflikts einem Sonderausschuß übertragen werden soll. Die Stimmenthaltung des chinesischen Vertreters wurde von diesem damit begründet, daß er von seiner Regierung noch keine Anweisung erhalten habe; es handle sich keineswegs um eine Ablehnung der Entschließung. Der japanische Vertreter SATO erklärte, er enthalte sich nur darum der Stimme, um nicht durch seinen Widerspruch die Entschließung zu Fall zu bringen; die japanische Regierung müsse die Entschließung grundsätzlich ablehnen aus Protest gegen die Berufung der Entschließung auf Artikel 15 der Völkerbundsatzung.

Aus amtlichen Kreisen in Tokio wird erneut auf die Möglichkeit hingewiesen, daß Japan aus dem Völkerbund austritt. Diese Möglichkeit sei durch die Annahme der Entschließung aufs neue akut geworden. Es wird betont, daß Japan diese Entschließung unterstützt hätte, wenn sie sich allein auf die Vorgänge in Schanghai bezogen und die mandschurische Frage draußen gelassen hätte.

Der chinesische Gesandte YEN überreichte dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm des stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten. Es heißt darin, die chinesische Regierung habe dem englischen Gesandten mitgeteilt, sie sei bereit, die Waffenstillstandsverhandlungen unverzüglich auf der Grundlage der Entschließung der Völkerbundsversammlung vom 4. März aufzunehmen, also unter der Bedingung, daß eine neutrale Zone zwischen den Armeen geschaffen und eine Rundtisch-Konferenz in Schanghai vorbereitet würde.

Der Vorsitzende der vorläufigen mandschurischen Regierung erklärte, daß alle Mitglieder des Verwaltungsrats der chinesischen Ostbahn ihrer Ämter enthoben und durch Anhänger der mandschurischen Regierung ersetzt würden.

In der Nähe der russischen Stadt Blagowestschensk, an der russisch-mandschurischen Grenze haben chinesische Truppen gegen die neue mandschurische Regierung gemantert. Sechs Kompanien mit Maschinengewehren haben in der mandschurischen Stadt Sachaljan den Aufstand eingeleitet.

Englische Arbeiterorganisationen gegen Japan.

Ein begrüßenswerter Schritt.

(I. G. B.) Der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes, die Exekutive der britischen Arbeiterpartei und ihre Parlamentsfraktion haben sich in gemeinsamer Sitzung eingehend mit dem Krieg im Fernen Osten befaßt und eine Entschließung angenommen, in der u. a. die Regierung eingeladen wird, dem Völkerbundsrat sofort in Erwägung zu geben, ob es nicht zweckmäßig wäre, alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes und die Unterzeichner des Friedensvertrages aufzufordern, ihre Gesandten in Tokio abzuberufen. Weiter heißt es in der Entschließung u. a.:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß zwischen China und Japan der Kriegszustand besteht, desgleichen steht fest, daß Japan dafür verantwortlich ist. Diese kriegerischen Handlungen wurden von den japanischen Streitkräften aus geringfügigen Gründen unternommen, obwohl es für Japan ein leichtes gewesen wäre, Genugtuung zu erhalten, wenn es sich der im Völkerbundsvertrag vorgesehenen Methoden zur friedlichen Beilegung von Konflikten bedient hätte. . . . Wenn die japanische Regierung unter Mißachtung der öffentlichen Meinung der Welt den Krieg fortsetzt, so wäre unsere Regierung auf Grund ihrer Verpflichtungen als Unterzeichner des Völkerbundsvertrages (Artikel 16) gezwungen, der außerordentlichen Völkerbundsversammlung alle gemeinsamen und geeigneten Mittel des finanziellen und wirtschaftlichen Zwanges vorzuschlagen, die sich — in Zusammenarbeit und im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten und den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes — als nötig erweisen könnten,

gaten zu haben, die niederträchtigen Methoden der Gewalt entscheidend umzuformen in die Grundgesetze der Menschwürde und des Rechts! Ich klage alle Parlamente der Welt an, die sich begnügen, geschäftstüchtige Zweckverbände zu sein, oft genug Handlanger ihrer hohen Auftraggeber und anonymen Herren! Wann hörten je Könige, Diktatoren, Kabinette und Parlamente den Schrei ihrer Völker, bevor er ihnen dröhnend in die Ohren geschrien oder mit Fäusten ins Bewußtsein gehämmert wurde! Aus der Tiefe der Völker tönte immer zuerst der Ansehrei nach Gemeinsamkeit und Frieden der Nationen; er prallte ab an erstarrter Staatskunst, die die Systeme heiligte und das lebendige Leben vergaß! Erst als der Aufschrei sich organisierte und Macht wurde, als die geschundenen Massen drohend an die Türen dumpfer Kabinette pochten, öffneten die Regierenden spaltbreit Ohren und Augen. Ich höre Ihren stolzen Gegenruf Völkerbund! Jawohl, meine Damen und Herren, ein Klub von Interessenten und Konkurrenten, in normalen Zeitläuften zur Not brauchbar, die Völker einzuschläfern, in Zeiten schwerer Krise ein seelenloses Gebilde. Wo die Gesinnung fehlt, hilft kein formaler Wille. Ich rufe den Genfer Fehlschlag laut in die Ohren der Völker! Es scheint also wirklich, daß nur Revolutionen dem Menschengeschlecht heilsam sind! Wir stehen vielleicht vor der größten Revolution, die Europa je erträumte und die verschuldet wurde von der Barbarei einer Zivilisation, die Menschen zu Maschinen degradierte!“

Betäubender Lärm bricht durch den Saal. Von den Tribünen lost es herunter. „Aufhören! Aufhören!“ — Rhéou Landrux steht auf ihrem Klappsitz: „Es wird Zeit, daß die alten Götter stürzen!“

Von rechts faucht eine Gruppe herbei, um die Landrux von ihrem Sitz herunterzuzerren. Die Saalpolizei wirft sich den Angreifern entgegen. Machtlos verhallt die Glocke des Präsidenten. Die Bänke rechts und in der Mitte leeren sich, zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal: „Wir kommen erst wieder, wenn der Schmierenschauspieler seine Rolle ausgespielt hat.“

Den Tumult durchschlägt Brandts bobande Stimme: „Man hat mich Verräter beschimpft! Sehen Sie mir gut ins Gesicht

um den Frieden wiederherzustellen und eine gerechte Regelung aller zwischen Japan und China schwebenden Fragen auf der Grundlage des Völkerbundsvertrages, des Neun-Mächte-Vertrages und des Pariser Paktes zu erwirken.“

Wichtige Erklärung Chamberlains über die englische Währung.

Keine bessere Grundlage als Gold.

m London, 12. März.

Im Unterhaus erklärte Schatzkanzler CHAMBERLAIN, die Regierung wünsche nicht, daß das Pfund auf eine Höhe steige, die für die Industrie des Landes schädlich werden könne. Seine Ansicht sei folgende: Er fühle sich von dem Gedanken der „manipulierten Währung“ (einer künstlich gesteuerten Währung) nicht angezogen, weil man früher oder später herausfinden würde, daß eine Verbindung zwischen der englischen Währung und einer metallischen Grundlage gefunden werden müsse. Er möchte keinen dogmatischen Standpunkt in der Frage einnehmen, wie diese Grundlage aussehen solle, ob England an Gold festhalten oder das Gold mit einem anderen Metall als Aushilfsmittel mischen solle. Er selbst sehe keine bessere Grundlage als das Gold, das England in der Vergangenheit sehr gute Dienste erwiesen habe.

Diese Äußerungen erfolgten im Verlaufe einer Aussprache über einen Gesetzesentwurf, durch den der Regierung für weitere 12 Monate die Notstandsrechte zugesprochen werden, die ihr nach dem Abgehen vom Goldstand gewährt worden waren. Es handelt sich dabei um Einschränkungsmaßnahmen im Devisenhandel und um eine Kontrolle der Nahrungsmittel-einfuhr. Das Gesetz wurde ohne Abstimmung in zweiter Lesung angenommen.

Auf gewisse Einwände von Sir A. M. SAMUEL hin, daß Amerika und Frankreich vom Goldstand abgehen und den Wert des Pfundes im Vergleich zum Dollar beliebig in die Höhe setzen könnten, bezeichnete CHAMBERLAIN als einen groben Fehler, wenn man glaube, daß irgend eine Möglichkeit bestehe, Amerika zum Abgehen vom Goldstand zu bringen. Die amerikanischen finanziellen Maßnahmen würden voraussichtlich nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für die ganze Welt von Nutzen sein.

CHAMBERLAIN begründete seine Ansicht über die später notwendig werdende Rückkehr des Pfundes zum Goldstand im einzelnen damit, daß die Wertschwankungen des Pfundes infolge der für die Industrie entstandenen Unsicherheit äußerst schädlich seien.

Haushaltsberatung in Frankreich abgeschlossen.

k Paris, 12. März.

Nach mehr als achtstündiger Nachtsitzung hat die französische Kammer am Freitag früh den Ausgaben-Haushalt des Gesamthaushalts abgeschlossen. Einige noch zurückgestellte Kapitel sollen im Zusammenhang mit der Finanzvorlage behandelt werden. Die Aussprache über die Finanzvorlage wurde um 4 Uhr nachmittags aufgenommen.

Nach dem Senat hat auch die Abgeordnetenkammer die öffentliche Ehrung BRIANDES als Förderer des Vaterlandes angenommen.

Die halbe Fischdampferflotte stillgelegt.

Bremen, 11. März.

Die deutschen Hochseefischereien haben an alle beteiligten Ministerien des Reiches und der Länder folgendes Telegramm gesandt: „50 Prozent der deutschen Fischdampferflotte wurden heute aufgelegt. Weitere Stilllegungen werden folgen. Sofortige Durchführung der von uns erbetenen Maßnahmen ist dringend erforderlich, wenn nicht ein völliger Zusammenbruch der Seefischwirtschaft erfolgen soll.“

Telefonverbindung Danzig-Sofia.

d Danzig, 10. März.

Am Donnerstag wurde der unmittelbare Fernsprechverkehr zwischen Danzig und Sofia eröffnet. Aus diesem Anlaß fand ein Gespräch zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Handelskammer in Sofia statt.

— und Sie erkennen das Gesicht Frankreichs! Hören Sie meine Worte — und Sie vernahmen den Herzschlag von Millionen.“

Bänke und Tribune drohen unter dem brüllenden Widerspruch einzustürzen. Es wird getrampelt, auf Schlüsseln gepöflet, Pultdeckel knallen hoch und herunter. Dazwischen knarrt das Händeklatschen der Sozialisten.

Humette schreit erregt in den Saal: „Sie benutzen Ihre Immunität zur Beschimpfung Frankreichs!“

Ein paar Dutzend Abgeordnete stürzen sich auf das Rednerpult, Brandt herunterzureißen. Die Sozialisten decken ihren Führer mit ihren Leibarn; Brouqs Schmiedefäuste überragen das Getümmel. Die Landrux gießt hohnvolle Worte über das Handgemenge.

„Die rothaarige Vettel soll in Moskau ein Bordell aufmachen!“ brüllt ein Abgeordneter. Er hat noch nicht ausgedenkt, da schleudert ihn eine schallende Ohrfeige in die Ministerbank. Rhéou Hand ist feingliedrig, aber stark genug, einen Beleidiger niederzuschlagen.

Die Saalpolizei ist machtlos. Draguer rücken in den Sitzungssaal ein. Mit vorgeneigtem Oberkörper und weit-offenen Augen steht Germaine im Gang. Ueber die Helme und blanken Säbel der Dragoner rauschen Brandts Worte hinweg:

„Die Regierung fordert Blanko-Vollmacht! Ich garantiere Ihnen, Herr Saint Brice, fällt sie sehr bald nach einer Willkür aus! Er hat sich in seiner eigenen Schlinge gefangen. Aber vorher hätte er eine Millionenfrente zu durchbrechen! Es kann Ihnen zum Halse heraufwachsen, meine Herren!“

Saint Brice drängt sich durch die Bewaffneten zur Rednertribüne. „Ihre Drohung erschreckt mich nicht!“ ruft er mit blutleerem Gesicht hinauf. „Sollen wir die Narbe auf Ihrer Stirn als Kaltschützen deuten?“

Brandt stößt die geballten Fäuste steil in die Luft, die Stirn narbe wird zum glühenden Band. Wie ein Aufschrei entfährt es seinem Munde:

„Notwehr! Notwehr! Wir haben es satt, Europa mit Menschenblut zu düngen!“

Den Worten folgt, unerwartet, ohne erkennbaren Anlaß, zehn Sekunden tiefe Stille. Germaine umklammert Brandt

Verhandlungen über den Manteltarif.

Am 15. März treten in Berlin die Organisationsvertreter der Tarifparteien des Buchdruckgewerbes zu Verhandlungen zwecks Neuregelung des Manteltarifs zusammen. Der Tarif läuft seit dem 1. April 1930 bis zum 30. April dieses Jahres. Er war durch die Vierte Notverordnung um einen Monat verlängert worden.

Würden die Unternehmer mit ihren Forderungen durchdringen, dann wäre das ein Rückschritt um 30 Jahre.

Internationale Solidarität.

Die südwaliser Bergarbeiterföderation (England) hat beschlossen, 1000 Pfund Sterling (etwa 16000 Mark) zur Unterstützung der streikenden polnischen Bergarbeiter zur Verfügung zu stellen.

„Politischer Streit gehört nicht in Berufsverbände.“

... Als Staatsbürger wollen und müssen wir jeder unseren politischen Standpunkt wahren. Aber hüten wir uns davor, den Giftstoff politischen Zwists in unsere Berufsorganisationen zu tragen! Hier kämpft man nicht um Welt-

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Freitag, den 18. März, um 20.15 Uhr, in der Gastwirtschaft Kröger, Brunnenstraße 28 (Eingang Bleichertwiete). Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Berlin: Bezirk Lichtenberg, Dienstag, den 15. März, um 20 Uhr, Scharnweberstraße 8a, bei Seifke. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Burg b. Magdeburg: Donnerstag, 17. März, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer großen öffentlichen Versammlung in der Zentralhalle, Burg, über das Thema: China und das europäische Proletariat. Freie Aussprache! Eintritt 30 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

Bremen: Mittwoch, den 16. März, um 20.15 Uhr, Verbandsraum der Buchdrucker, Am Wall 82 I. Thema: Die Lehren des 13. März.

Frankfurt a. M. Mittwoch, den 16. März, um 20.15 Uhr, Volkshaus, Thema: Die Reichspräsidentenwahl — und was nun? Redner: Walter Fließ (Köln).

Hamburg: Dienstag, den 15. März, um 20.15 Uhr, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Sonnabend, den 19. März, um 20.15 Uhr, im Volksheim Barmbeck, Marschnerstraße 36. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Dienstag, den 22. März, um 20.15 Uhr, im Volksheim Eimsbüttel, Eichenstraße 61. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Magdeburg: Mittwoch, den 16. März, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer großen öffentlichen Versammlung bei Bleck (früher Luchefeld), Knochenhauerufer 27/28 über das Thema: China und das europäische Proletariat. Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

Zwickau: Montag, den 14. März, 20 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Str. Thema: Die politische Lage nach dem 13. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft. Freie Aussprache! Eintritt frei!

anschauungen, sondern um gemeinsame wirtschaftliche Interessen, und die lassen sich im Rahmen fast jeder Partei vertreten. ... Gleichgültig, ob rechts oder links oder Mitte; wenn man im Berufsverband beisammen sitzt, hat jeder politische Meinungshader zu schweigen, und nur die wirtschaftliche Erkenntnis, geleitet von Erfahrung und gesundem Menschenverstand, darf das Wort führen."

K. H. Das schreibt eine Unternehmerzeitschrift, die „Zeitschrift für Textilwirtschaft“ (Heft 9, vom 4. März 1932). Wenn diese Erkenntnis nur auch in den maßgebenden Zeitschriften, und vor allem in den führenden Köpfen der Arbeitnehmerverbände sich endlich durchsetzen würde!

Praktische Kritik am historischen Materialismus.

Der Vorsitzende des Arbeitsamts Großsiedow schrieb vor kurzem in der Zeitschrift „Soziale Praxis“:

... charakteristisch ist, daß die Kürzung der Unterstützungen auf Grund der Notverordnungen ohne Schwierigkeit durchgeführt werden konnte. Die Arbeitslosen haben das Gefühl, wie ich aus unbemerkten Beobachtungen immer wieder feststellen konnte, es sei ein unabwendbares Schicksal, sich immer mehr einschränken zu müssen...."

Es wäre ein großer Nutzen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, wenn die Anhänger des historischen Materialismus die überaus deutlichen Hinweise, die uns die Krise auf einen der größten Fehler der materialistischen „Theorie“ gibt, offen anerkennen und in ihren Konsequenzen durchdenken würden. Die wachsende Verelendung bringt nicht, wie KARL MARX meinte, gleichsam von selber eine Revolutionierung der Arbeiterschaft mit sich. Daraus folgt, daß eine sozialistische Partei keinerlei Hilfe von der Entwicklung des kapitalistischen Systems erwarten kann, sondern allein von der Schulung und der Zuverlässigkeit ihrer Mitarbeiter.

Wohlfahrtserverswerbslose.

Während in der Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosenziffer bereits zu sinken beginnt, und auch in der Krisenfürsorge der Stillstand bald erreicht sein wird, ist die Zahl der Wohlfahrtserverswerbslosen im Februar unaufhaltsam weiter gestiegen. Nach Mitteilung des Deutschen Städtetages nahm in den Städten mit über 25 000 Einwohnern die Zahl der Wohlfahrtserverswerbslosen im Februar um weitere 71 000 zu. Sie betrug Ende Februar 1 268 000 (gegen 1 197 000 Ende Januar). Das entspricht einer Steigerung im Februar um 6 Prozent.

Um die politische Freiheit der Beamten.

Severing behauptet:

h Berlin, 11. März. Der preußische Minister des Innern hat auf eine nationalsozialistische Anfrage im Landtag folgende Antwort erteilt: Soweit bisher irgendwelche Anordnungen ergangen sind, sind durch sie die Beamten lediglich auf die ihnen im Rahmen der Verfassung durch ihre Beamtenpflichten gezogenen Grenzen der politischen Betätigung hingewiesen worden. Dies gilt insbesondere auch für den Beschluß des Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 über die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Irgendeine Beschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit der Beamten, die mit der Verfassung nicht in Einklang stünde, ist nicht erfolgt.

Artikel 130 (Abs. 2) der Reichsverfassung: „Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die

Vereinigungsfreiheit gewährleistet.“ Der Widerspruch zwischen der Behauptung SEVERINGS und diesem Satz der Reichsverfassung ist jedenfalls eindeutig.

Oan toatkräftiger Mann.

M. W. Ich sitze in einem „besseren“ Friseurladen und höre dem Gespräch zu, das der Friseur mit einem Gast über die Reichspräsidentenwahl führt: HITLER oder HINDENBURG? „Bei aller Ehrerbietung für HINDENBURG; man kann den alten Mann doch nicht gut wählen“, meint der Gast. Der Friseur stimmt zu: „Wir brauchens halt oan toatkräftigoren Mann!“

Hitlers ZSA.

L. G. Jawohl. 15 Mann, SA-Uniform, Mütze mit Hakenkreuz, rote Armbinde mit Hakenkreuz im weißen Feld, einschließlich Standartenträger, für 5,75 Mark. HITLERS ZSA. Was meinst, Zins-Sturm-Abteilung? Nea.

Aber 15 tapfere Braunheiden mit dto. Hosen. Strammes Kerle. Linke Hand am Schmachtriemen. Standartenträger mit webender blutroter Hakenkreuzfahne. Der Führer rechte Hand zum Faschistengruß erhoben. Du hörst ihn schreien: „Heul ADOLF“. In deutschem Zinn, mit deutscher Farbe lackiert, in deutschem Karton verpackt. Fünfzehn deutsche Zinn-SA-Männer. Für 5,75 Mark zu haben in jeder besseren NSDAP-Geschäftsstelle.

Zum Krisen-Kongreß des ADGB

am 23. März in Berlin gibt der ISK ein Sonderheft heraus:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrisen.

Etwa 48 Seiten stark. Preis etwa 20 Pf.

Wir bitten, sofort Bestellungen an uns gelangen zu lassen, damit sie rechtzeitig erledigt werden können.

Internationale Verlags-Anstalt, G.m.b.H. / Berlin S14, Inselstr. 6a.

Quittung

M. F. in G. 5,— M.; F. H. in R. 3,— M.; A. S. in O. 2,— M.; P. B. in O. 1,50 M.; G. B. in B. 7,— M.; F. H. in K. 25,— M.; E. A. in S. 35,— M.; E. G. in M. 25,— M.; R. H. in B. 2,— M.; H. S. in B. 200,— M.; Versammlung in J. 1,60 M.; H. S. in B. 10,— M.; C. C. in B. 32,35 M.; R. L. in B. 48,50 M.; H. E. in K. 15,— M.; G. B. in M. 3,— M.; H. S. in M. 5,— M.; L. W. in M. 10,— M.; H. U. in M. 10,— M.; M. B. in M. 7,— M.; H. B. in M. 15,— M.; E. H. in M. 3,— M.; L. H. in M. 4,— M.; E. E. in M. 5,— M.; H. K. in M. 3,— M.; A. P. in M. 10,— M.; H. P. in M. 3,— M.; K. Z. in M. 5,— M.; E. M. in M. 0,50 M.; E. A. S. in D. 1,— M.; J. & A. K. in B. 2,— M.; R. B. in S. 12,— M.

Wir danken allen Spendern herzlich, und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds fortzusetzen.

„Sie lügen ja!“

E. Bl. „Mit Rucksack und Kamera durch Sowjet-Rußland“ wanderte, als Bäuerin verkleidet, ohne Einreiseerlaubnis der Sowjetregierung, die deutsch-nationale preußische Landtagsabgeordnete Dr. med. Freifrau VON WATTER. Sie schreibt nun darüber und hält Reden. Aufgenommene Bilder sollen die Wahrheit ihrer Worte bezeugen.

„Sie lügen ja!“ rief ihr in einer Versammlung ein Freund Sowjet-Rußlands von der Tribüne zu. Den freimütigen Zwischenruf bezahlte der Rufer mit schnellem Entfortwerden durch Schupos. Log Frau VON WATTER wirklich?

Ich glaube ihr, daß das große Stauwerk des Dnjopr heute noch ungenutzt daliegt, daß Maschinen, die repariert werden könnten, zum alten Eisen geworfen werden, daß die Erholungsheime in den Zaren Schlössern gegenüber der großen Zahl der Erholungsbedürftigen nicht ins Gewicht fallen, daß es viele Nahrungsmittel nur auf Karten gibt, u. s. w., u. s. w.

Die ganze Verlogenheit der Berichterstatterin ergibt sich aber aus der Gegenüberstellung dessen, was sie als Bäuerin verkleidet in der USSR angeblich sah, mit dem, was sie in Deutschland, wo sie sich frei, ja als Abgeordnete bevorzugt bewegen kann, nicht sieht, aber als Abgeordnete schon sollte.

Wenige Hundert Meter von dem Saale entfernt, in dem sie, mit kostbaren Blumen begrüßt, vor einem eleganten Publikum sprach, dessen Luxus-Autos draußen standen, wenige Hundert Meter davon hätte sie aufregendere Photos über Wohnungselend machen können, als sie aus Rußland mitbrachte, hätte sie einen größeren „Maschinenfriedhof“ finden können, als die „russischen“ (die „Hawa“, Hannoversche Waggonfabrik).

Ein Arbeitsloser, der eine große Familie hat, erzählte mir, er habe kein Geld, genug Essen aus der städtischen Küche zu kaufen — zu 15 Pfennigen pro Liter. Schulärzte schreiben Scheine: „Das Kind bedarf der ärztlichen Behandlung“, aber in vielen Fällen ist niemand da, der die 50 Pfennige für den Krankenschein bezahlt. Ich kenne allein in 9 Schulklassen 15 tuberkulöse Kinder, von denen keines das Geld für die halbe Freistelle in einem Heim aufbringen kann, die mir eben angeboten wurde.

Das alles sieht Frau VON WATTER nicht. Sie sieht statt dessen in Deutschland, daß „der Privatkapitalismus eine Emporhebung der Massen erzeugt“. Dafür ist sie auch „im Grunde ihres Herzens deutsch-national“.

Rechtskämpfer.

H. S. Der vierjährige Richard sitzt am Fenster. Auf der Straße schlägt ein Fuhrmann barbarisch auf ein Pferd ein. Richard reißt das Fenster auf und schreit in großem Zorn hinaus: „Du verdammter Mann, du sollst das Pferd nicht hauen!“

Auf dem Spielplatz ertönt plötzlich ein Geschrei. Kinder kommen ins Zimmer gelaufen und rufen: „Kurt hat Karl mit der Schaufel an den Kopf gehauen, daß es blutet!“ Ich verbinde den Geschlagenen, hole mir dann den Kurt und frage ihn, aus welchem Grunde er den Jungen geschlagen hat. Kurt, noch mit Zornestränen in den Augen, antwortet: „Karl hat immer feste auf eine Biene geschlagen, bis sie tot war. Und die Biene wäre doch so gerne noch im Sonnenschein geflogen. Damit er merkt, wie weh ihr das getan hat, habe ich ihn auch mit der Schaufel an den Kopf geschlagen.“

Ein Heerführer aus dem Weltkrieg wird in der Stadt erwartet. Jung und alt ist auf den Beinen; alle wollen ihn, den Helden, sehen. In der Mitte der Stadt stehen die Menschen dicht an dicht; es ist unmöglich, hindurchzukommen. Da höre ich das Gespräch zwischen einer Mutter und ihrer Tochter.

„Mama, weshalb stehen hier so viele Menschen?“
 „Ach, weißt du, hier kommt heute solch ein Opa, durch, und den wollen die Leute sehen.“
 „Mein Opa mag das aber nicht, wenn so viele Leute ihn angucken.“
 Vorübergehender Student: „Ja, Kind, das ist auch ein ganz besonderer Großvater, das ist ein General.“
 „Was ist ein General?“
 „Der hat die Soldaten in die Schlacht geführt.“
 „Mama, den Schlachter wollen wir auch mal sehen!“

Medizin und Geschäft.

Zur „Krise der Medizin“.

M. H. In einem bekannten Schweizer Kurort für Tuberkulose-Kranke war ein neues Sanatorium mit moderner Arbeitstherapie, besonders für die durch Knochentuberkulose gelähmte Kranken eröffnet worden. Aber es stand — in dieser Zeit der Wirtschaftskrise kein Wunder — noch so gut wie leer; totes Kapital! Der Besitzer, der bekannte Arzt ROLLIER, wollte dafür Propaganda machen und lud etwa 100 Aerzte und andere interessierte Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz zu einer Besichtigung ein. Am frühen Morgen dieses Tages bot mir der sonst so stille Ort ein merkwürdiges Bild: an allen Ecken des Dorfes, überall, wo Kliniken lagen, hielten Wagen (die ältesten Droschken mußten mit herhalten!), und die gelähmten Patienten wurden an Stöcken und auf Bahren hineingehoben und zur neuen Klinik hinaufgeführt. Dort mußten sie den Tag über in den Betten liegen und bei der Besichtigung den Nutzen der modernen Apparate an sich demonstrieren lassen, sowie auch den Eindruck einer gut belegten (also beliebten!) Klinik erwecken helfen. Erst als der letzte Zug den letzten Besucher wieder entführt hatte — es wurde schon dunkel —, wurden sie wieder zurückgeführt. Die Dorfbewohner sagten zu mir: „So geht es immer! Immer wird den Leuten etwas vorgelogen!“ „Wieso? Was sonst noch?“ „Nun, was wird z. B. nicht alles über unser Klima gesagt und geschrieben, so als ob wir hier fast nur sonnige Tage hätten; dabei werden die hier besonders hartnäckigen, oft tagelang andauernden dichten Nebel, die vom Genfer See aufsteigen, völlig verschwiegen! Und es ist auch eigenartig: je besser die Patienten bezahlen können, umso länger dauert die Kur, das weiß hier jeder, auch die Patienten; aber sie bleiben trotzdem, denn sie können ja selber die Sache nicht kontrollieren — und anders wo ist es meist genau das Gleiche!“

Nun, das Geschäft blüht jedenfalls dabei; Dr. ROLLIER ist jedenfalls ein sehr reicher Mann geworden. Aber das Vertrauen in die Lauterkeit und Sachlichkeit der Aerzte geht bei solchen kapitalistischen Geschäftsmethoden zum Teufel. Und dann wundern sich die Aerzte über das „Schlagwort von der Krise der Medizin“.

Zur Wahl.

Der preussische Minister des Innern hat für die Zeit vom 12. bis 15. März 1932 erhöhte Alarmbereitschaft für die Polizei und Landjäger angeordnet.

In der Nacht zum Freitag sind in Berlin 180 Zwangsgestellungen erfolgt. Es handelt sich in der Hauptsache um Personen, die beim Bemalen von Hauswänden und Ankleben von Wahlzetteln betroffen wurden. Etwa 150 der Verhafteten wurden noch in der Nacht dem Schnellrichter zugeführt.

„Es wird nie so viel gelogen wie vor einer Wahl, während eines Krieges, und nach einer Jagd.“ Wenigstens der erste Teil dieses wahren Wortes scheint von den streitenden Parteien erneut unter Beweis gestellt werden zu sollen.

Es dementieren unter anderen:

1. **HINDENBURG:** „Die Behauptung, daß ich die Absicht hätte, die Landtagswahlen in Preußen und anderen Ländern durch eine Notverordnung hinauszuschieben, ist eine dreiste Wahllüge.“

2. **Der HINDENBURG-Ausschuß:** a) Ein gewisser LUDWIG METZ, der in französischer Uniform gelegentlich fotografiert worden sei, habe nicht den HINDENBURG-Wahlauf Ruf unterschrieben, gehöre auch nicht dem Zentrum an, sondern habe lediglich Listen für die Einzeichnung zur HINDENBURG-Kandidatur ausgetragen. Die erwähnte Photographie stamme aus der Faschingszeit.

b) ... stellen wir fest, daß der Herr Reichspräsident selbstverständlich seine Kandidatur im ersten Wahlgang, und falls sich ein solcher als nötig erweisen sollte, auch im zweiten Wahlgang aufrechterhalten wird.“

c) „Wir stellen fest, sowohl daß dieses Gerücht (Gelder der Osthilfe würden als Wahlmittel für HINDENBURG-Propaganda verwandt) als auch die ebenfalls verbreitete Nachricht, es stünden den HINDENBURG-Ausschüssen Gelder anderer öffentlicher Stellen zur Verfügung, unwahr sind und nur der Wahlagitator dienen.“

3. **Die NS:** Sie hätten sich nicht mit Polen in Verbindung gesetzt, um Ostpreußen an Polen zu verraten.

Auch die Behauptungen, HITLER habe französische Korrespondenten empfangen und u. a. eine Besprechung mit dem früheren Obersten HENRI BIDOU gehabt, seien infame Lügen.

4. **Amtlich** wird mitgeteilt, daß die Reichszentrale für Heimatdienst keinen Pfennig für Wahlpropaganda ausgegeben habe.

„Im eigenen Hause und in Ruhe.“

Grzesinski zum Wahltag.

h Berlin, 11. März.

Aus einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten: Am 12. und 13. März sind Demonstrationen jeglicher Art verboten. Ebenso sind Personenfahrten auf Lastwagen, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen unternommen werden, nicht gestattet, soweit nicht ausnahmsweise eine Erlaubnis erteilt wurde, die von dem Wagenführer vorzuzeigen ist. Die Ausfahrt derartiger Lastwagen aus Berlin und die Einfahrt nach Berlin wird nicht geduldet. ...

Die Polizeibeamten sind angewiesen, gegen alle Personen, die durch Gewalt, Bedrohung oder Terror die freie Wahl zu verhindern suchen, mit aller Energie einzuschreiten.

Die ordnungliebende Berliner Bevölkerung wird gebeten, der bei Zusammenstößen und bei dem dadurch notwendigen polizeilichen Vorgehen auch für Unbeteiligte bestehenden Gefahr aus dem Wege zu gehen und nach Ausübung des Wahlrechts im eigenen Hause und in Ruhe die Ankündigung der Wahlresultate abzuwarten, deren Verbreitung durch den Rundfunk schnell und zuverlässig erfolgt.

Eine unerhörte Strafe.

e Berlin, 11. März.

In der Schwedter Straße waren in der Nacht zum 17. November Flugblätter der KPD angebracht worden, in denen die Polizeibeamten als „Proleten der Schupo“ aufgefordert wurden, sich für die Einberufung einer Reichskonferenz der Roten Betriebszellen innerhalb der Schupo einzusetzen, weil es für die Schupobeamten vorteilhaft sei, nicht gegen, sondern mit dem „Rotfrontkämpferbund“ zu kämpfen. Die Klebekolonnen, die die Flugblätter angebracht hatte, entkam, der Polizei gelang es lediglich, zwei jugendliche Aufpanser festzunehmen.

Das Amtgericht Berlin-Mitte vorurteilte am Donnerstag die beiden, die Arbeiter HANS JANOWA und BERNHARD KEMNITZ wegen Vorgehens gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, vom 28. März 1931, zu je vier Wochen Gefängnis.

Die Grippeepidemie in Breslau.

Breslau, 11. März.

Die Zahl der wegen Grippe geschlossenen Breslauer Schulen hat sich bis Donnerstag mittag auf 103 erhöht. Nach ärztlicher Ansicht ist der Höhepunkt der Epidemie erreicht.

Aerztinnen zum § 218.

M. H. Der Bund deutscher Aerztinnen hat eine Umfrage bei allen Aerztinnen veranstaltet, darüber, wie die Stellung der weiblichen Aerzte Deutschlands zum § 218 ist. Etwa 50 Prozent der befragten Aerztinnen haben geantwortet. Die meisten haben eine Berufserfahrung von 6 bis 10 Jahren hinter sich. Nur verhältnismäßig wenige treten für eine radikale Lösung, d. h. für Beibehaltung der bisherigen Form dieses Paragraphen oder für seine völlige Beseitigung ein. Fast drei Viertel aller Antworten fordern Reformen der Gesetzgebung, vorwiegend wird gefordert die Einbeziehung neuer medizinischer oder medizinisch-sozialer Gesichtspunkte bei Unterbrechung der Schwangerschaft. Eine knappe Mehrheit ist sogar für Unterbrechung der Schwangerschaft aus sozialen Gründen. Dies Ergebnis würde eine entsprechende Umfrage bei männlichen Aerzten zweifellos nicht gehabt haben: die Mehrzahl der weiblichen Aerzte steht der Not ihrer Geschlechtsgenossinnen eben doch näher!

Preisermäßigung für Osterfahrten.

h Berlin, 9. März.

Die Reichbahndirektion Berlin macht darauf aufmerksam, daß zu Ostern neben der Ausgabe von besonderen Festtagsrückfahrkarten (mit 33 1/2 Prozent Ermäßigung) in allen Verbindungen der Reichsbahn, auch die Fahrpreisermäßigung für Gesellschaftsfahrten gewährt wird. Ebenso sind die Schul- und Jugendfahrten zu Ostern zugelassen. Es wird dringend empfohlen, die Fahrten beim Abgangsbahnhof rechtzeitig anzumelden.

Wir bringen in diesem Zusammenhang noch folgende frühere Meldung: Die Benutzung der Festtagsrückfahrkarten soll diesmal auf sämtliche Verkehrsverbindungen innerhalb des Reichsbahnbereichs ausgedehnt werden, also nicht nur solche Stationen erfassen, für die Sonntagsrückfahrkarten vorgesehen sind. Die Festtagsrückfahrkarten gelten vom 23. März bis zum 4. April, und zwar zur Hinfahrt an allen Tagen vom 23. März bis 28. März und zur Rückfahrt an allen Tagen vom 24. März, 12 Uhr, bis 4. April. Die Rückfahrt muß spätestens am 4. April, 24 Uhr, beendet sein. D-Züge sind gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlags für die Benutzer der Festtagsrückfahrkarten freigegeben.

Magdeburg

Chiyin Chen (Schanghai)

spricht am Mittwoch, dem 16. März, um 20 Uhr, in der

Öffentlichen Versammlung

bei Bleck (früher Lüchtersfeld), Knochenhauerufer 27/28. über

„China und das europäische Proletariat.“

Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 13. März.

Berlin:

18.15 Aus der Philharmonie: „Matthäus-Passion“ von BACH, 1. Teil.

20.00 Bericht über den Verlauf des Wahltages.

Hamburg:

11.30 Jugendweihe 1932. Uebertragung aus der Schauburg Hamm.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Reportage aus dem Moskauer Automobilwerk „Stalin“.

Bei allen deutschen Sendern, auch Wien, während des Abendprogramms:

Bekanntgabe der Wahlresultate bis zur Feststellung des vorläufigen Endergebnisses.

Montag, den 14. März.

Hamburg:

18.35 ROSENBAUM: Sind Erwerbslosen-Siedlungen ein Ausweg?

Langenberg:

19.30 Prof. Dr. Moser: Chronik der Weltwirtschaft

21.00 Hörspiel: Drei Jahrtausende Sport.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Sozialismus oder Staatskapitalismus?

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG

3. HEFT

MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?

Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatlich 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 88

Verkaufsstellen:

1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 67
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 48, Lietzmannstraße 16/17

Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 3062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMPERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9

Telephon: 25 53 42

Bleibende und praktische Herren- und Damenkleidung

nach Maß gefertigt sauber und billig an

RUDOLF SCHÖNHEIT

Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. u.

Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Landheime,
Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel

zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

C. Lotze

Göttingen

Johannisstraße 2

Butter

Käse

Eier

Landbrot

Inseratenvertreter

für gut eingeführte Tagessetzung werden dringend gesucht.

Schriftliche Bewerbungen an

Buchdruckerei A. Janiszewski GmbH.

Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29 Chiffre 00100

Zur Jugendweihe!

Vom Sinn der Jugendweihe.

Rede von Minna Specht.

12 Tausend.

1930

35 Pf.

Aus den Presse-Urteilen:

„Die Jugendweihe als Weihe der jungen Genossen für die Teilnahme am Befreiungskampf des Proletariats. — Das ist der höchste Sinn, den eine proletarische Jugendweihe haben kann! Diese Rede ist durch einen weiteren Vorzug ausgezeichnet: sie ist frei von Parteipolitik.“

Die Rede sollte von allen Proletariern gelesen werden; denn ihre Auffassung ist bahnbrechend dafür, wie wir eine proletarische Jugendweihe begeben sollten.“

„ISK“ Nr. 3, vom März 1929.

„Man wird selten eine Rede finden, die wie diese in so klarer und einfacher Sprache den Sinn der Jugendweihe als rein proletarische Feier den jungen und alten Freidenkern in gleicher Weise verständlich macht.“

„Der Freidenker“ Nr. 3, vom März 1929.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Direktoriumsbildung in Memel.

Der nach der Absetzung BÖTTCHERS vertretungsweise eingesetzte Landesdirektor TOISSCHUS bemüht sich jetzt um die Bildung eines neuen Direktoriums. SIMMAT unterstützt ihn darin und versucht, die Mehrheitsparteien zu einer Entscheidung zu drängen. Die Führer der Mehrheitsparteien haben demgegenüber erklärt, daß sie sich einem solchen Zwang — es ist von einem Ultimatum SIMMATS, das am Sonntagabend um 9 Uhr morgens abläuft, die Rede — nicht fügen würden.

Wie es heißt, verstärken die Litauer weiter ihre Position an der deutsch-litauischen Grenze, an der sie Truppen zusammenziehen. Es scheint danach, als rechneten sie mit einer Auflösung und Neuwahl des memelländischen Landtags, und im Zusammenhang damit mit Unruhen und Provokationen von deutscher Seite.

Wachsende Not in Preußen.

Erwerbslosenfürsorge gefährdet Gemeinden. — Gesundheit der Schulkinder verschlechtert sich.

h Berlin, 10. März.

Der preußische Staatsrat beschloß, gegen den Haushaltsplan für 1932 Einwendungen nicht zu erheben.

Ferner stimmte der Staatsrat einer von der Zentrumsfraktion eingebrachten Entschließung zu, in der es u. a. heißt: Die Gemeindefinanzen litten vor allem unter der ungerechten Belastung, die ihnen die falsch gestaltete Erwerbslosenfürsorge aufgebürdet habe. Die Gemeinden müßten daran in kürzester Zeit zu Grunde gehen, wenn Reich und Staat sich nicht sofort entschlossen, die Erwerbslosenfürsorge auf eine andere Finanzgrundlage zu stellen. Der Staatsrat fordert das Staatsministerium erneut auf, die ganze Kraft sowohl beim Reich wie im eigenen Verwaltungsgebiet dafür einzusetzen, den vollständigen Zusammenbruch der Gemeindefinanzen mit seinen verhängnisvollen Folgen in letzter Stunde abzuwenden.

h Berlin, 10. März.

Der preußische Wohlfahrtsminister hat dem Landtag auf dessen Ersuchen eine Denkschrift über den Gesundheitszustand der Kinder in den preussischen Volksschulen vorgelegt.

Wenn auch ein zahlenmäßiger Nachweis für eine erhebliche Verschlechterung des Gesundheits- und Ernährungszustandes der Volksschüler bisher nicht in vollem Umfang erbracht werden kann, müssen wir doch — so schlußfolgert die Denkschrift — hinsichtlich der Gesundheit und der Gesundheitsfürsorge unserer Schulkinder mit ernster Sorge in die Zukunft blicken und vor jedem zu weitgehenden Abbau auf dem Gebiete der Schulkinderfürsorge eindringlich warnen. Der Gesundheits- und Ernährungszustand unserer Schulkinder und ihre von der Wirtschaftslage abhängigen Verhältnisse der täglichen Hygiene hatte sich nach der Notlage der Nachkriegs- und Inflationszeit von Jahr zu Jahr langsam bis zum Herbst 1931 gebessert. Seit dieser Zeit zeigt sich in allen diesen Verhältnissen eine schnell fortschreitende Verschlechterung. Die Fürsorgeeinrichtungen für die Schulkinder wurden in den letzten sieben Jahren ausgebaut. Jetzt droht ein Zusammenbruch dieser Einrichtungen.

Bücher nach Gewicht.

Eine Versandbuchhandlung setzt folgende Empfehlung an die Spitze ihrer sechsten erschienenen Preisliste:

„Herr Regierungs-Rat M... in R... schreibt: Mit einigem Mißtrauen habe ich meine Probebestellung auf Grund des mir übersandten Prospektes ‚Billige Bücher‘ aufgegeben und bin von der Sendung angenehm überrascht worden. Unter Restposten und modernes Antiquariat stellte ich mir abgegriffene oder gelesene, fehlerhafte oder beschädigte Bücher vor und finde in meinem Paket nur tadellose, vollständig neue Exemplare, welche ich mit Freude meiner Bibliothek einverleibe, ebenso gut aber als Geschenk verwenden kann. Da ist es kein Wunder, wenn man seinem alten Buchhändler untreu wird, denn ein 5 kg-Paket Bücher kostete mich bisher immer 50 Mark und mehr, während ich bei Ihnen für kaum 10 Mark eine größere Anzahl gediegener Bände erhielt...“

So weit ist es mit den Regierungsräten des Volkes der Dichter und Douker gekommen! — cl.

mit heißen Blicken. Ist es ein Rächer von Jahrtausenden, der dort oben seinen Leib über dem Rednerpult aufreckt? Ein heiliger Michael, auf der Schwelbe zum neuen Reich? Oder nur ein Besessener, der in seiner eigenen Flamme verbrennt?

Die Glocke durchgellt das aufgewühlte Haus. Reporter und Stenographen schreiben wie im Fieber.

„Ich habe die Regierung gewarnt! Ich warne die Vertreter des Volkes! Die Zeiten sind vorüber, daß sich Nationen in verbrecherische Abenteuer stürzen ließen, ohne aufzutreten! Wir haben nicht den Willen zur Selbstverstümmelung Frankreichs! Heißen Sie keinen Schritt gut, der uns der Katastrophe in die Arme treibt! Herr Capponz zur Besinnung zu bringen, wenn er Frankreich seinen Cäsarenabsatz zeigen sollte, dafür werden dieselben Millionen sorgen, die jetzt der Regierung die Gefolgschaft verweigern! Meine Fraktion spricht im Namen des arbeitenden Volkes dem Kabinett Saint Brice das tiefste Mißtrauen aus, betrachtet es als schädlich und unfähig. Wir fordern den Rücktritt der Regierung!“

Der Beifall von hundertzwanzig Sozialisten überschüttet Brandt, der jetzt langsam die Stufen herabsteigt. Schmährufe und Hohngelächter der Gegner gewinnen die Oberhand, durch die Türen drängen wieder die Abgeordneten herein, die im Anfang der Rede voller Verachtung hinausgeströmt waren. Der Präsident redet, ohne verstanden zu werden.

Die Abstimmung beginnt. Auf den Tribünen und in den Abgeordnetenbänken recken sich die Häuse. Ungeheures Spannung bemächtigt sich aller Anwesenden.

Unruhe und tiefe Enttäuschung, sechsunddreißig Abgeordnete der Regierungsparteien stimmen gegen die Regierung! In der Nacht waren alle dafür gewesen! Hat Brandts Rede die Sechsendreißig bekehrt?

Das Nein der hundertzwanzig Sozialisten wird mit Ausrufen der Verachtung aufgenommen.

Dann malt sich auf allen Gesichtern grenzenloses Erstaunen: die Kommunisten stimmen mit Ja! Will sich die Erde plötzlich nach der anderen Richtung drehen? Kommunisten unterstützen die Vollmacht, die Mobilmachung und Krieg bedeuten kann? — Ein Schauer geht durch die Herzen. Der

Kirchen- und Freidenker-Kulturarbeit.

Die neuen „Zehn Gebote“ in Spanien.

M. Die spanischen Bischöfe haben die folgenden Gebote für ihre Gläubigen erlassen:

1. Die Katholiken sollen ihren Eifer für den christlichen Glauben sowie ihre Ergebenheit und ihren Gehorsam gegenüber dem Papst erhöhen; sie sollen insbesondere die Enzykliken LEO XIII. und PRUS XI. über Erziehung, über die christliche Ehe und die gesellschaftliche Ordnung studieren.

2. Sie sollen ihren Eifer in der Verteidigung des katholischen Glaubens und ihres Landes verdoppeln.

3. Sie sollen die Rechte und Pflichten eines Bürgers ausüben mit all der Treue, wie sie einem Christen geziemt, aber sie sollen sich nicht irgend welchen Gesetzen anpassen oder ihnen gar gehorchen, die dem Gesetz Gottes oder seiner Kirche widerstreiten.

4. Sie sollen als Individuen und in der Gemeinschaft ihr religiöses Leben vertiefen.

5. Sie sollen gemeinsam daran arbeiten, das Recht der Familie und der Kirche zurückzuerobern, das die Erziehung der Jugend betrifft.

6. Sie sollen jegliche weltliche Erziehung bekämpfen, daran arbeiten, daß die Gesetze, die darauf abzielen, verändert werden, und sich niemals freiwillig Einrichtungen unterwerfen, die jene Erziehung fördern.

7. Nur das Sakrament der Ehe, das von der Kirche gehandhabt wird, macht die Ehe der Katholiken gültig.

8. Die Katholiken sollen ihre ganze Kraft und alle rechtlichen und gesetzlichen Mittel aufbieten, um die Verluste, die die Kirche bereits erlitten hat, wieder zu beheben und das Uebel zu vermeiden, das der Uebel größtes sein würde, nämlich die Verdunkelung des Glaubenslichtes ihrer Väter. Um diese Pflicht getreu zu erfüllen — eine Pflicht, von der niemand entbunden werden kann — sollen sie sich der Leitung ihrer Oberhirten anvertrauen.

9. Katholiken dürfen alles, was in politischen Parteien gut und ehrenwert ist, anerkennen und unterstützen, aber sie sollen niemals bedingungslos einer politischen Partei angehören, damit sie niemals mit ihrer Liebe zur Religion und zu ihrem Vaterland in Widerstreit geraten; denn Einigkeit oder wenigstens doch gemeinsames Vorgehen ist für die Katholiken unerlässlich.

10. Katholiken sollen keine schlechten Zeitungen lesen und nicht direkt oder indirekt deren Einfluß und Umlauf unterstützen; sie sollen vielmehr gute Zeitungen mit allen ihren Kräften unterstützen.

Ausnahmebestimmungen gegen Frauen.

M. H. Gegen die Beamtinnen sind in letzter Zeit verschiedentlich erfolgreiche Vorstöße unternommen worden. Im Beamtenausschuß des preussischen Landtages wurde ein deutschnationaler Gesetzesentwurf über das freiwillige Ausscheiden verheirateter Beamtinnen und Lehrerinnen aus dem Landesdienst angenommen (gegen SP und KP). Den Entlassenen soll eine Abfindungsrente gewährt werden, die je nach der Höhe des Einkommens der Ehegatten ihre wirtschaftliche Versorgung sicherstellen soll.

In Thüringen ist durch Notverordnung bestimmt worden, daß weibliche Beamte, die heiraten, mit Ablauf eines Monats aus dem Dienst ausscheiden müssen, unter Verlust aller Rechte und Ansprüche. Die planmäßigen Beamten erhalten eine Abfindung in Höhe eines Monateinkommens. Dieser Erlaß wird sicher für Heiratslustige sehr abschreckend wirken, ebenso ein anderer, der bestimmt, daß die Beschäftigung von Doppelverdienenden aufzuheben hat (praktisch: die verheirateten Frauen sind zu entlassen!). Ueber Ausnahmen entscheidet das Ministerium; es kann dabei besondere Gehaltskürzungen bis zu 20 Prozent bei jedem Ehegatten anordnen.

„Theater“.

Se. Eine Mutter besucht mit ihrem kleinen Jungen eine Märchen-Vorstellung des Stadt-Theaters. Die Vorgänge auf der Bühne, die dämmerige Beleuchtung, das monotone Sprechen machen das Kind bange. Die Mutter beschwichtigt: „Du brauchst keine Angst zu haben; das ist ja alles nicht wahr, was die da unten sagen; das ist bloß Theater!“

Am nächsten Sonntag geht sie mit ihrem Sprößling wie gewöhnlich zur Kirche. Der Geistliche steht auf der Kanzel und predigt. Nach einer Weile sagt plötzlich der Kleine ganz laut: „Gelt, Mama, das ist alles nicht wahr; das ist ja bloß Theater?“

Die Schulverhältnisse in Spanien.

H. P. Wie der Unterrichtsminister FERNANDO DE LOS RIOS in einer Rede bekanntgibt, hat die Republik 35 716 Schulen für den Elementarunterricht vorgefunden. Es fehlten damals bei niedrigster Berechnung noch gut 27 000 Schulen. Die Republik hat inzwischen den Bau von 7000 Schulen in Angriff genommen, von denen 6280 fertiggestellt und einige schon für den Unterricht eröffnet worden sind.

Wie groß die Schwierigkeiten sind, die der Schaffung einer solchen Anzahl von Schulen entgegenstehen, ersieht man aus den erheblichen Kosten. Diese 7000 Schulen erfordern nämlich eine Erhöhung des jährlichen Haushaltspostens um 35 Millionen Pesetas (etwa 12 Millionen Mark).

Ein Vergleich mit der vorrepublikanischen Zeit gibt ein Bild von den Anstrengungen, die jetzt gemacht worden sind. Von 1909 bis 1931 sind insgesamt 11 128 Schulen neu gegründet worden, also im Durchschnitt jährlich 505 Schulen, d. h. die Republik hat in 10 Monaten das getan, was die Monarchie in 14 Jahren zuwege brachte.

Die Schaffung von jährlich 505 Schulen bedeutete keineswegs einen Schritt auf dem Wege zum Abbau des Analphabetentums; denn diese Zahl entsprach nicht einmal dem Volkszuwachs. Unter der Monarchie mußte die Zahl der Analphabeten immer größer werden, weil die Vermehrung des Volkes größer war als die entsprechende Zunahme der Schulen. Die Republik wird indessen das Analphabetentum in 6 Jahren liquidieren haben, wenn sie ihre Aufbaupläne verwirklichen kann.

In Madrid allein werden in Kürze 225 Schulen zur Benutzung freigegeben. Dadurch werden wieder 11 250 Kinder vom Unterricht erfaßt. Einen Vergleich bieten noch folgende Zahlen für Madrid:

Es gibt etwa 186 000 Kinder im schulpflichtigen Alter. Von diesen Kindern können wegen des Mangels an Räumen und Lehrpersonal fast 46 000 überhaupt keinen Unterricht bekommen. Es gibt auf dem Lande Gegenden, in denen bis zu 80 Prozent der Kinder ohne Schulbildung aufwachsen.

In Sachsen sollen Beamte, Warte- sowie Ruhegeldempfänger, deren Ehegatten in irgendeinem Beamtenverhältnis angestellt sind, außer den allgemeinen Gehaltskürzungen eine weitere um 20 Prozent erfahren.

In Baden soll nach Anordnung des Unterrichtsministeriums von Ostern 1932 ab die Stundenzahl und das Gehalt nur der weiblichen Lehrkräfte um ein Zehntel gekürzt werden. Mecklenburg-Schwerin und Hessen hatten ähnliche Bestimmungen erlassen.

Auch im Haushaltsausschuß des Reichstages ist im Dezember ein Gesetzesentwurf (eingebracht vom Zentrum!) angenommen worden, der die Rechtsstellung der weiblichen Beamten (entgegen der Reichsverfassung!) verändert und beiderseitige Kündigung unter Gewährung einer Abfindung vorsieht, — die Kündigung seitens der Behörde allerdings nur, wenn die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens „gesichert“ erscheint.

Es ist offensichtlich, daß bei fast allen Bestimmungen dieser Art nicht nur der Wunsch zu sparen vorliegt, sondern auch eine Attacke der Reaktion gegenüber der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Frau. (Nach „Rundschau der Frau.“ [ZdA.]

Hohn schreit allen ins Gesicht. Die Taktik der Kommunisten offenbart sich in ihrer Skrupellosigkeit. Ja, sie wollen die Mobilmachung, den Krieg! So leicht bekommen sie nicht wieder Kanonen, Maschinengewehre und Handgranaten in die Finger! Jawohl, Krieg! Aber anders, als Herr Saint Brice sich das gedacht hat!

Der Präsident verkündet das Ergebnis der Abstimmung: hundertsechsfünfzig Nein-Stimmen, weit mehr als das Doppelte betragen die Ja-Stimmen. Die Regierung hat einen glänzenden Sieg errungen! Händeklatschen, Jubel, Taumel. Berauschen sich die Ja-Sager an ihrer eigenen Begeisterung, um das Gespenst zu übersehen, das mit unhörbarem Gelächter durchs Palais Bourbon schleicht? Dreihundvierzig Kommunisten stimmen für Krieg! Ueberbört die angestimmte Marseillaise jenes unhörbare Hohnlachen aller Kommunisten der Welt?

Mit kalter Siegesgewißheit in den Augen marschieren die Dreihundvierzig zum Saal hinaus. Aus der Nebentür verlassen, von Brandt geführt, die Sozialisten den Saal. Brandt hat den Kopf tief geneigt, als hätte er eine tödliche Wunde empfangen.

Hinter den abziehenden feindlichen Brüdern brausen die heißen Rhythmen der Marseillaise, im voraus schon die Regimenter auffeuernd, die vielleicht morgen schon dem feindlichen Trommelfeuer entgegenmarschieren...

XX.

Zwölf Uhr mittags. Sirenengeheul erschüttet Paris. Fabrik um Fabrik läßt die Sirene aufheulen: Feiertag! Generalstreik! Protest!

Werkzeuge fallen auf Arbeitstische zurück. Feuerlöcher werden zugeschraubt. Maschinen stoppen. Schwungräder erstarrten. Motoren werden tote Massen. Von verschwitzten Leibern fallen die Arbeitsblößen. Aus weitgeöffneten Fabrik-toren strömt es heraus, ergießt sich gegen die Peripherie der Stadt — ohne lärmende Geste, aber in trotzigem Selbstbewußtsein. Angestellte verschließen ihre Schreibpulte, Tippmädchen setzen die Schutzhauben auf die Schreibmaschinen. Bankbeamte werfen die Notenbündel in die Kassen. Trau-

bahnen und Autobusse verschwinden binnen einer halben Stunde aus dem Straßenbild.

Mobilmachung des Friedensheeres. Der Automat steht still. Die Eingänge zur Untergrundbahn gleichen Heerlagern. Jeder will noch eine der rasenden Schlangen erreichen, die das unterirdische Paris durchzucken. Minuten noch — dann werden auch diese Höhlengänge schwarz und verödet daliegen. Der grandiose Wirbel der Autoheere verrinnt, nur noch Privatwagen sind zu sehen. Vor den blitzenden Scheiben der Magazine rollen die Läden herunter. Die Lebensmittelgeschäfte lassen die Scherengitter schnarren. Niemand weiß, ob die Ladenbesitzer damit ihre Teilnahme am Generalstreik bekunden oder ob sie nur Angst haben vor dem Straßenpöbel, der heimlich schon seine gierigen Hände ausstreckt.

Beängstigend wächst die Menschenflut. Die fehlenden Verkehrsmittel schaffen keinen Abfluß mehr. Die Polizeiaufgebote beginnen unsicher zu werden. Bis an die Zähne bewaffnet bilden Truppen und republikanische Garden winzige Inseln des Staates inmitten unheimlicher Ströme, deren Mächtigkeiten und Instinkte schon zu ahnen sind.

Der Polizeipräsident hat binnen einer halben Stunde schon dreimal den Innenminister angerufen: „Ergreift die Regierung keine entschiedenen Maßnahmen zur Erdrosselung des Generalstreiks, der den Staat aktionsunfähig macht?“ Der Innenminister wird endlich des Ministerpräsidenten am Telefon habhaft. „Was geschieht gegen die Streikleitung der ‚Union‘?“

„Das Kabinett versammelt sich um ein Uhr bei mir!“ erwidert Saint Brice und hängt ab. Was soll er auch weiter sagen? Im Augenblick ist noch nicht zu ahnen, wie man dem Generalstreik zu Leibe rücken kann. Der Greis wartet immer wieder auf das Blatt Papier, das Laroque zehn Minuten vor Zwölf auf seinen Schreibtisch gelegt hat: „Die in der ‚Union‘ vereinigten Gewerkschaften erklären den Beginn des Generalstreiks, der so lange aufrecht erhalten wird, bis die Regierung zurücktritt. Der Generalstreik wird zunächst auf Paris beschränkt, seine Ausdehnung auf ganz Frankreich ist angeordnet für den Fall, daß die Regierung nicht bis heute abend zehn Uhr den Forderungen der ‚Union‘ bedingungslos nachkommt. — Léon Brandt.“ (Fortsetzung folgt.)

Siedlerarbeit.

Film - Propaganda - Wirklichkeit.

M. S. Im Film: Ein Brautpaar, das am Sonntag nachmittag sich das Siedlerdorf ansieht mit den sauberen Häuschen, dem Zaun, der schon das künftige Eigen „umfriedet“.

In den Werbeheften mit vielen Bildern das Gleiche: Siedlerhäuser, neu gebaute, oder aus alten Kuhställen hergerichtete, mit schützendem Dach und hohen Bäumen vor der Tür. Dazu Statistiken, Beschreibungen, Ratschläge. Das Ueberzeugendste: „Die 70 Siedlerstellen in D. waren in kurzer Zeit vergeben...“ „Thüringer Bauernfamilien blieben gleich da, als sie das Mecklenburger Siedlungsunternehmen sahen.“

In den Regierungskundgebungen: Eine Kolonisationspolitik ganz großen Stils... Im Osten entsteht in jeder Woche ein neues Dorf...

Auch in der Wirklichkeit gibt es Siedlungshäuser, neu errichtete und umgebaute, thüringische Kolonien in Mecklenburg, und Regierungsvertreter, die mit Worten, Empfehlungen und Krediten das Siedlungswerk unterstützen.

Aber daneben gibt es die Wirtschaftskrise, die Millionen-Kredite an den Großgrundbesitz, Regierungen, in denen der Landbund herrscht, und eine Bauernschaft, die unter Steuern, Zöllen, fallenden Preisen erbittert um ihre Existenz ringt. In diese Welt ist auch der Siedler gestellt. Von ihrem Druck spürt man etwas, wenn man seine Freunde besucht, die es draußen mit dem Siedeln wagen.

Ich fuhr dieses Mal nach Thüringen, dem Land, wo wenig gesiedelt wird. Unterwegs hörte ich von den Thüringern, die nach Mecklenburg ausgewandert sind. Ein Landwirt trifft einen Bauern vor dem Regierungsgebäude in Weimar. „Na, was machen Sie denn hier?“

„Ach, ich will mal sehen, ob ich meinen Bruder zurückkaufen kann; es gefällt ihm nicht in Mecklenburg.“

Ich fuhr von Berlin über Leipzig nach Grimmental. Auf der thüringischen Hochebene blendete die Sonne fast die Augen. Auf den Feldern kaum ein Gespann. Der Boden ist noch gefroren. Der scharfe Frost Ende Februar, ohne Schneedecke, hat den Saaten zugesetzt. Auch nicht ein Anflug von Grün auf den weiten Flächen. Nur Taubenschwärme, die sich im Gleitflug auf die Felder senken.

Oberhof. Im Sommer sieht man dort täglich die Lastautos, die mit Salat, Spargeln, Erdbeeren und Kirschen von Erfurt, Arnstadt, Meiningen heraufkommen, 50, 60, 70 km weit her. Ob es sich lohnt, so weit zu fahren — für ein paar Bündel Karotten? fragt der Laie. Oft zählt man drei, vier Autos — Konkurrenten — auf der gleichen Straße. Wer hier als Wettbewerber auftreten will, mußte einen schneeweissen Lastwagen haben, mit Verkäuferinnen in Leinenkleidern, Gemüse und Obst in hellen Spankörben.

Jetzt Anfang März liegt der Schnee noch 20 cm hoch am Bahnhof. Nicht ein einziger Passagier, der ein- oder aussteigt. Die Saison wird erst lebhaft im Juni. Der Absatz dauert also nur wenige Wochen. Im Winter, wenn Hochbetrieb ist mit Schneeschuhspport, ist die Anfahrt für die Händler zu teuer.

Suhl: Die Stadt der Gewehrfabriken. Ob sie jetzt arbeiten? Kriegsbestellungen? Eine große Maschinenhalle ich schaue hin. In dem weiten Saal mit den großen Fenstern hängt Wäsche zum Trocknen. Die Arbeitslosen stehen überall umher in den Straßen und wärmen sich in der Sonne. Kaufkraft ist hier nicht vorhanden. Auch die Heimindustrie weiter hinauf im Gebirge ist tot. Wenn es hier Arbeit gäbe, wäre ein guter Absatz für Gemüse, Obst, Milch. Denn das Klima ist rau und der Boden steinig; da lohnt sich der eigene Anbau wenig.

So bin ich mit meinen Gedanken schon ganz bei den Sorgen der Siedler. Sie holen mich ab. Strahlendes Licht und die Luft wunderbar würzig.

Wir kommen ins Haus. Der Eßraum ist neu hergerichtet. Ein großer würfelförmiger Ziegelsteinofen, dessen helles Rot schön zusammenstimmt mit dem Gelb der Wände und dem Braun der gebeizten Tische und Bänke. Hier essen sie, alle zusammen, drei Mal am Tag. Den Nachmittagskaffee haben sie aufgegeben; sie sparen so Zeit und Geld.

Wir gehen gleich noch hinaus, auf die Felder und ein Stück in den Wald. Die Siedlung ist noch jung. Der größte Teil des Gutes wird noch im Großbetrieb bewirtschaftet. Jetzt sind gerade die ersten Stellen übernommen. 20 Morgen groß sind die Bauernstellen. 8 Morgen groß die Obst- und Gemüsesiedlungen. Die Siedler bilden eine Genossenschaft unter der Leitung eines Landwirts und eines Obergärtners; sie wohnen in den alten Gutsgebäuden; sie führen einen gemeinsamen Haushalt; sie lernen zuerst als Arbeiter auf dem Feld und im Garten; sie haben beschlossen, nach Landarbeitertarif bezahlt zu werden; zum Teil fordern sie weniger.

Wir gehen zu P., der gerade auf seiner 8-Morgenstelle das erste Mistbeet anlegt. Auf einem Torfballen — er hat den Torf schon im vorigen Herbst angefahren — thront oben ein Wecker, den er sich geliehen hat. P. hat auch schon einen Baum angepflanzt — einen Flodderbusch! Etwas verlassen steht das Bäumchen im kahlen Feld; aber im Sommer wird er grün sein und im nächsten Jahr wird er blühen. — Von den 300 Erdbeerpflanzen sind 150 ausgefroren. Eine Misere! Nun muß man 150 neue setzen.

Nebenan arbeitet eine Siedlerin auf ihrem Land. Sie hat im Herbst 100 Hühner angeschafft. 80 leben noch. „Lohnt sich der Eierabsatz?“ Sie lächelt. Die Eier haben im Februar 6 bis 7 Pfennige gebracht. Die Händler zahlen den Bauern im Dorf nur 5 Pfennige. Aber sie hat Glück gehabt mit dem Legestall. Er sollte 2800 Mark kosten. Da der erste Käufer ihn nicht abnehmen konnte — das Geld war ihm ausgegangen —, hat sie ihn für 1200 Mark bekommen, noch ganz neu, direkt von der Fabrik.

Später gehen wir in den Kuhstall. Das Vieh sieht viel besser aus als im Herbst. „Was meinst Du, was sie hier für die Milch zahlen?“ 8 Pfennig in den Molkerorten. „Und Ihr?“ „Die Lungenheilstätte zahlt nur noch 20 Pfennige. Aber sie nehmen nur noch 80 Liter statt 120. Sie sagen, daß sie bald ganz schließen müssen. Die Landesversicherungsanstalt hat kein Geld mehr.“

Abends in der Küche wird vorgerichtet für den Marktstand in Meiningen. Das Auto fährt morgens um 6 Uhr weg, im Sommer zweimal, jetzt im Winter einmal in der Woche, um die Kunden durch den Winter zu halten. „Das Benzin ist noch immer viel zu teuer; wenn das so weiter geht, werden

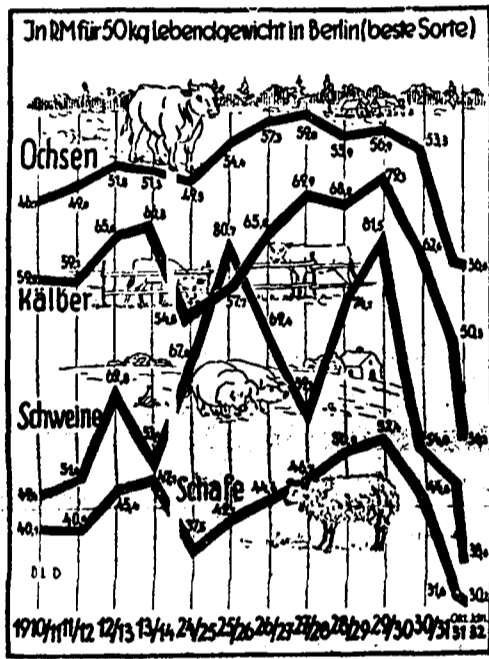
wir noch wieder mit Pferden nach Meiningen kutschieren; dann fahren wir nachts um 2 Uhr ab; ganz schön in der warmen Sommernacht.“

Sie drücken mir einen Löffel in die Hand und stellen einen Eimer mit Sahne vor mich hin. Sie haben nämlich einen genialen Gedanken gehabt. Die Milchwirtschaft muß doch wieder auf die Beine gebracht werden. Als einer auf einem Bahnhof Milch in einem Pappbecher gekauft hat, sind sie auf den Einfall gekommen, auch Pappbecher zu kaufen, solche, die oben durch Einkniffen geschlossen werden können. Der Verschluss wird noch durch einen Metallstreifen gesichert. Auf dem Becher steht der Name der Siedlung. Der Becher faßt 1/4 Liter Sahne. Saure Sahne verkaufen sie zu 27 Pfennig, süße zu 28 Pfennig einschließlich Becher. Die Sahne geht reißend ab auf dem Markt. Die Bauern bringen ihre Sahne in offenen grauen Emailleimern; der Käufer muß noch ein Glas mitbringen, wenn er die Sahne nicht in seinem Taschentuch nach Hause schleppen will.

Die Siedler erzählen den Hausfrauen auch, was man alles mit der Sahne anfangen kann. Im Sommer werden sie Rezepte mitbringen, auf kleinen Zetteln, mit Maschinenschrift geschrieben. Natürlich verkaufen sie auch Käse. Gerade sind sie dabei, zum ersten Mal Sahneschichtkäse herzustellen. Es ist nicht so leicht. Man mußte dazu Geräte haben. Aber am nächsten Tag wirft der Marktgänger lachend einen Haufen Geld auf den Tisch: „Alles verkauft; mehr Einnahmen als im vorigen Sommer.“

Im Herbst haben sie eine Mosterei angelegt; bei dem billigen Obst versprach es, eine rentable Sache zu werden. 20 000 Liter liegen im Keller. Auf einer Ausstellung, die sie in Meiningen arrangiert haben, haben sie an einem Tag

Die Entwicklung der Viehpreise.



4000 Glas ausgeschenkt. Ein Gutachten in Berlin ist gut ausgefallen: der Most sei gut; er schmecke nur noch ein wenig nach Holz. „Das kommt von den neuen Fässern“, beruhigen sich die Siedler. Jetzt hat eine Berliner Zentrale 500 Flaschen bestellt; vielleicht wird sie 5000 abnehmen.

Das Mosten verlangt große Aufmerksamkeit. Wenn es etwas einbringen soll, muß zur Zeit der Obsternte Tag und Nacht in Schichten gearbeitet werden. Wenn die Flaschen nicht ganz sauber sind, geht nachher alles in die Luft. Was ihnen noch fehlt, ist eine schönere Etikette. Einer holt eine Pappschachtel vom Bord. „Hier, sieh Dir das Zeug an.“ Hunderte von Etikettenmustern, eins scheußlicher als das andere. „Es ist alles nicht so einfach! Wenn Du jemanden weißt, der so was zeichnet? Vielleicht Photomontage? Aber bezahlen können wir nichts dafür.“

Am anderen Tag stundenlange Verhandlungen mit dem früheren Besitzer. Er will nicht vom Hof, weil er meint, noch Ansprüche geltend machen zu müssen. Wir fahren in die Kreisstadt, um dort mit einem Gewährsmann den Fall zu beraten. In der nächsten Woche ist Termin in Meiningen. So ringen die Siedler um die Erde, um den Markt, um ihre Rechte.

Als wir durch die Kreisstadt fahren, zeigt mir mein Begleiter das Haus der Fortbildungsschule. Er wird selber dort einen Kurs über Obstverwertung halten. 150 Schüler aus der Stadt und vom Lande werden dort „fortgebildet“. An den Wänden hängen noch die Kaiserbilder und unter Glas eingerahmt: drei Eichenblätter! Die Blätter stammen von 1870, von einem Baum auf dem Schlachtfeld von Gravelotte.

Wir fahren an der Mittelschule vorbei; zu beiden Seiten des Haupteingangs stehen Kinderfiguren aus irgend einem Kunststein. Die Figuren sind nackt; auf dem Kopf haben sie Soldatenmützen, in der Hand Säbel oder Gewehre; einige ziehen eine Kanone hinter sich her.

Hier ist die Saat reif für die Kandidatur HITLERS, der beinahe das naheliegende Hildburghausen mit seiner Schutzmannsrolle beglückt hätte. Ueberall auf den Dörfern NS-Versammlungen. Mit 10 SA-Leuten vorn vor dem Rednerpult. Einer der Siedler ist leidenschaftlicher HITLER-Anhänger. Jeden Abend fort zum Dienst. Jeden Abend hört er sich das Evangelium an, daß alles gut sein wird, wenn die Juden fort sein werden. Wer ihm sagt, daß auch die Christen ihre Fehler haben, dem schaut er ernst in die Augen: „Das haben sie nur von den Juden gelernt.“

Dabei kaufen die Bauern vorwiegend bei den jüdischen Viehhändlern, weil sie, wie sie selber sagen, dort reell bedient werden.

Der Schweizer, der das Vieh auf dem Hof besorgt, ist kein Nazianhänger. Als er neulich im Krankenhaus war zur Operation („wenn sie mich nicht angeschmalt hätten, hätte

Rationalisierung in der Landwirtschaft.

Feldbereinigung.

Das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft hat eine Denkschrift ausgearbeitet, in der es eine Feldbereinigung insbesondere in der süd- und westdeutschen Landwirtschaft vorschlägt. Die Fläche, die durch Feldbereinigung in Deutschland zusammengelegt und neu verteilt werden sollte, wird auf 5 1/2 bis 6 Millionen Hektar geschätzt.

Die Denkschrift enthält genaue Angaben über die Zersplitterung der kleinbäuerlichen Betriebe in einigen Landes-teilen. In Baden zum Beispiel beträgt die durchschnittliche Betriebsgröße 3,6 Hektar; diese Fläche ist im Durchschnitt in 16 Parzellen aufgeteilt. Das ist der Landesdurchschnitt. Es gibt badische Gemeinden, in denen die Zersplitterung so weit geht, daß auf jeden Betrieb im Durchschnitt 100 Parzellen kommen; in einer badischen Gemeinde sind es sogar 157.

Daß unter einer solchen Zersplitterung die Rentabilität der kleinbäuerlichen Betriebe außerordentlich leiden muß, ist einleuchtend. Betragen doch die Kosten für menschliche und tierische Arbeitskraft bei einer Parzellengröße von 0,25 Hektar etwa 770 Mark, bei einer Parzellengröße von 5 Hektar nur noch 300 Mark pro Hektar. MUEZINGER berechnet allein für den Loerlauf durch das viele Hin- und Herfahren zwischen den einzelnen Parzellen in Württemberg 12 bis 23 Prozent des Gesamtarbeitsaufwandes für Feldarbeit.

Neben der Ersparnis an Arbeitskosten schafft eine Zusammenlegung der kleinen Parzellen infolge der Beseitigung von Wegen, Gräben und Rainen eine erhebliche Fläche neues Kulturland. Auf Grund einer vorsichtigen Schätzung kommt ein badischer Vermessungsfachmann zu dem Ergebnis, daß allein in Baden durch die Zusammenlegung infolge der Beseitigung von Wegen, Gräben und Rainen 1000 bis 1200 Hektar Kulturland gewonnen werden können.

Auch an Saatgut kann nach der Zusammenlegung erheblich gespart werden. Denn die kleinen Landstücke können mit einer Drillmaschine nicht bestellt werden. Da bei Handsaat aber mehr Saatgut gebraucht wird, schätzt man, daß durch die Drillsaat bei etwa 5,3 Millionen Hektar bereinigungsbedürftigen Landes rund 5 Millionen Doppelzentner Brotkorn, die für die Ernährung von etwa 3 Millionen Menschen ausreichen, gespart werden können. Schließlich läßt sich durch Zusammenlegung noch eine Ertragssteigerung erreichen, die man auf etwa 20 Prozent schätzt.

Die Umlegung der einzelnen Parzellen in zusammengehörige Felder schreitet nur sehr langsam fort, obwohl allgemein anerkannt ist, daß die Feldbereinigung auch in außerdeutschen Ländern sehr gute Erfolge gezeitigt hat. In Preußen sind seit 1874 ungefähr 3,5 Millionen Hektar umgelegt, während noch etwa 2,8 Millionen Hektar umlegungsbedürftig sind. In Baden wurden von 1868 bis 1925 von 250 000 nur 103 000 Hektar, in Württemberg von 640 000 nur gegen 240 000 Hektar bearbeitet. Bayern hat seit 1887 340 000 Hektar bereinigt, während noch 2 080 000 Hektar übrigbleiben.

In sehr vielen Fällen lagen die Bauern selber der Feldbereinigung die größten Hindernisse in den Weg: Sie sind misstrauisch. Sie fürchten, wenn sie statt vieler, kleiner Zipfel Land ein Feld erhalten, werden sie auf schlechten Boden versetzt oder sonst betrogen werden. Diese Ängste sind auf Erfahrungen begründet; denn besonders die Kleinbauern sind bei solchen Gelegenheiten oft übers Ohr gehauen worden.

Man muß daher in jedem einzelnen Fall die Bauern zunächst davon überzeugen, daß eine Feldbereinigung zu ihrem eigenen Vorteil sein kann, — und man muß die Feldbereinigung dann so vornehmen, daß das wirklich der Fall ist. Rpt.

ENGLAND

Durch die weitgehende Einwanderungssperre, die vor allem von Kanada, den USA und Australien verhängt ist, sank die Zahl der Auswanderer aus England, während die Zahl der Einwanderer gestiegen ist, besonders weil sehr viele Engländer aus dem Ausland zurückkehren.

Jahr	Zahl der Auswanderer	Zahl der Einwanderer
1929	144 000	56 000
1930	92 000	66 000
1931	34 000	71 000

Freiliste: Der Wert der Waren, die nach Inkrafttreten des Zollgesetzes zollfrei nach England eingeführt werden, beträgt etwa 280 Millionen Pfund jährlich von einer Gesamteinfuhr von 862 Millionen Pfund (im Jahre 1931).

ich sie alle aus dem Saal gefegt“), hat er nachher mit sieben Mann in der Stube gelogen. „Zwei waren Nazis, die haben wir aber runterdebattiert.“

Die anderen Siedler behalten ihre politische Meinung für sich. Das ist gewiß nicht leicht, denn die ganze Wirtschaft, auch das Siedeln, ist von Politik überschattet. Oder ist es die Politik, die von der Wirtschaft beschattet ist? Der Arbeitsmarkt tot; die Gehälter beschnitten; die Getreidepreise künstlich hoch gehalten; die Futtermittelzölle hoch; Maschinen teuer; Düngemittel teuer. Und vor allem der Bodenpreis. Die Bauern sind landhungrig; sie zahlen dort 500 bis 600 Mark für den Morgen; ein irrsinniger Preis. Aber sie würden ihn zahlen, wenn sie nur Land kriegen könnten. Das Siedlungsgut liegt im Herze der Dorfllur. Werden die Bauern Anliegerstellen erwerben können? Vielleicht, wenn — wie die Flugschriften sagen — „das Siedlungsgelände nicht in kurzer Zeit an Siedler vergeben ist“. Aber wer hat heute 3000 bis 4000 Mark, um auch nur anzufangen? Und mit dem Geld ist es nicht getan; ebenso wichtig, fast noch wichtiger, sind die Kräfte des Menschen: Zähigkeit, Klugheit, Solidarität...

Zwei Tage war ich bei ihnen. Man kann sie nicht vergessen, die so unentwegt drangehen und kämpfen. Stundenlang könnte ich von ihrem Leben, von ihren Anstrengungen erzählen. Es ist etwas von russischer Erde da draußen.

Es ist nicht so, wie in den deutschen Filmen; es ist viel schwerer und rauher, aber dafür urwüchsiger und kräftiger. Mit bloßer Naturliebe ist es nicht getan, auch nicht damit, öndlich Arbeit zu finden, auch nicht bloß mit Krediten — die können sich wie Teufelszwirn um die Glieder legen. Wer in der heutigen Zeit siedelt, muß was verstehen von Landwirtschaft, von Volkswirtschaft, von Politik — oder muß es doch wenigstens lernen wollen; er muß die drei Gebiete miteinander in Verbindung setzen und sie der Siedlungsarbeit unterordnen können — und er muß ein Mensch sein, der das starke Verlangen hat, bisher zurückgehaltene Kräfte zu entfalten.